

Für ein erfolgreiches Jahr 2006!

Vorstand und Beirat berieten

Am 14. Dezember traf sich der Vorstand zum ersten Mal in der neuen Wahlperiode mit dem Beirat. Nach der kritischen Einschätzung der gegenwärtigen Lage und einem Blick auf die kommenden Aufgaben durch den Vorsitzenden Horst Parton wurden die Mitglieder des Beirates in ihrer Funktion bestätigt, neue Beiratsmitglieder wurden berufen und ausscheidende verabschiedet.

Horst Parton erklärte u.a.: Das Jahr 2005 war geprägt von politischer Achterbahnfahrt. Wer hätte zu Beginn des Jahres gedacht, dass die Weihnachtsansprache von einer Kanzlerin Merkel gehalten wird? Wer hätte es für möglich gehalten, dass es nochmals einen Bundesinnenminister Schäuble gibt, der uns in unserer Sache helfen könnte – oder auch nicht? Wer hätte damit gerechnet, dass die SPD nach nur anderthalb Jahren Müntefering mit einem neuen Vorsitzenden Platzeck aufwartet? Wer hätte überhaupt darauf gewettet, dass Neuwahlen ausgerufen werden?

Wer hat damit gerechnet, dass im Ergebnis dieser Neuwahlen wieder eine starke Linke im Parlament vertreten ist und sich damit die politischen Bedingungen im Kampf um soziale Gerechtigkeit sicherlich etwas verbessern könnten?

Dennoch, alte oder neue Regierung, altes oder neues Parlament, eine Konstante ist geblieben: Der Sparhammer kreist nach wie vor über unseren Köpfen und schlägt in regelmäßigen Abständen zu.

Zahlreiche Veranstaltungen, die gemeinsam mit dem Ostdeutschen Kuratorium, Sozialverbänden und Bündnissen für soziale Gerechtigkeit sowie anderen politischen Kräften organisiert und durchgeführt wurden, brachten die Politiker in diesem Land nicht zur Besinnung. Die Massenarbeitslosigkeit ist weiterhin die Hauptsorge der Menschen. Obwohl die Bevölkerung bei der Wahl im September unmissverständlich klargemacht hat, dass sie keine Demontage des Sozialstaates will und CDU/CSU wie SPD gleichermaßen für ihre unsoziale Politik abgestraft hat, liegen der Koalitionsvertrag und die Regierungserklärung der Bundeskanzlerin auf der gleichen alten Linie: Viel Haushaltssanierung auf Kosten der »kleinen Leute«, wenig Zukunftsinvestitionen in Bildung und Infrastruktur.

Die für 2007 angekündigte drastische Erhöhung der Mehrwertsteuer um drei Prozent auf dann 19 Prozent wirkt überproportional

nachteilig auf Arbeitslose und Bezieher kleinerer Einkommen und in Verbindung mit weiteren Nullrunden auf die Rentner. Fehlende Kaufkraft wird die Binnenmarktschwäche weiter verstärken. Es ist eine alte Weisheit: Wenn man das Einkaufen teurer und die Arbeit billiger macht, wird die Wirtschaft nicht die dringend nötigen Nachfrageimpulse erhalten.

Weitere Verschlechterungen sind für die nächsten Jahre vorgesehen. Aber eben nur für die kleinen und mittleren Leute.

An anderer Stelle ist der neue Finanzminister Steinbrück großzügig: Erben eines Betriebes brauchen bei zehnjähriger Fortführung überhaupt keine Steuern zu zahlen – obwohl kein Fall bekannt ist, bei dem ein Betrieb wegen der Erbschaftsteuer geschlossen werden musste.

Die Einführung der sogenannten Reichensteuer erweckt den Eindruck, dass auch Gutbetuchte ihr Scherflein beitragen. Die deutschen Konzerne haben im vergangenen Jahr soviel verdient wie noch nie. Die Firmen des Frankfurter Börsenindex DAX haben gegenüber dem vorhergehenden Jahr 60 % mehr verdient und die Dividendenzahlungen wurden um 40 % erhöht. Damit das in dieser Größenordnung bleibt, wird weiterer Personalabbau angekündigt. Die Deutsche Telekom ist Spitzenreiter bei der Arbeitsplatzvernichtung: 32.000 Stellen sollen in den kommenden Jahren verschwinden.

Mitglied von ISOR zu sein lohnt sich. Gemeinsam mit Sozialverbänden werden wir uns stark machen für eine Gesellschaft, in der die Interessen von Beschäftigten, von Erwerbslosen, von Alten und Jungen, von Bürgerinnen und Bürgern mehr wert sind als steigende Rendite. Wir finden, dass alle ein Einkommen brauchen, mit dem sie auskommen können, und dass die Lasten zur Finanzierung eines guten Gemeinwesens gerecht zwischen starken und schwachen Schultern verteilt sein sollten. Das hört sich selbstverständlich an, aber oft genug sieht die Realität ganz anders aus, wie das die neue

große Koalition fast täglich unter Beweis stellt. Ein Schelm ist, wem da Wahlbetrug in den Sinn kommt.

Wie der Koalitionsvertrag und die Regierungserklärung von Frau Merkel zeigen, muss kräftig gespart werden. Währenddessen bleibt die Liste der Privilegien der Politiker und Großunternehmer lang, Privilegien, die uns angesichts der Sparvorhaben für die »kleinen« Leute wütend machen. Politiker sollten immer bedenken, Aufforderungen an die Bürgerinnen und Bürger, den Gürtel enger zu schnallen, fallen nur dann auf fruchtbaren Boden, wenn man mit gutem Beispiel vorangeht.

Müssen die gewaltigen Pensionen der Politiker sein? Pensionen, für die ein normaler Arbeitnehmer mehrere Leben bräuchte, um sie zu erreichen. Und es muss die Frage erlaubt sein: Ist der Verdienst unserer Politiker so schlecht, dass viele ohne einen Nebenjob, in der Regel in Aufsichtsräten, nicht auskommen?

Natürlich sparen auch unsere Politiker. Am Beispiel der Verlängerung der Arbeitszeit im öffentlichen Dienst und der Halbierung des Weihnachtsgeldes wird das deutlich. Frau Merkel erklärte, dass das ganze Vorhaben auch auf sie und ihre Minister zutrefte. Wer jedoch z.B. bisher 10.000 EUR Weihnachtsgeld erhielt und jetzt nur noch 5.000 EUR überwiesen bekommt, für den fällt Weihnachten nach wie vor üppig aus. Ganz zu schweigen von der überhöhten Versorgung der ausscheidenden Staatssekretäre.

Das kommende Jahr wird für ISOR auch ein Jahr der Überlegungen und der Zukunftsorientierung sein. Unsere traditionellen Kernaufgaben – die Beseitigung des Rentenstrafrechts und der Versorgungsbenachteiligung – werden wir keineswegs vernachlässigen. Kritisch, sachlich und konstruktiv werden wir weiter um soziale Gerechtigkeit kämpfen.

Ich bin sicher, dass der Eine oder Andere in unserer Initiativegemeinschaft noch erkennen wird, dass diese Pflichterfüllung auch Freude

➤ **Fortsetzung auf Seite 2**

Der Vorstand der ISOR e.V. und die Geschäftsstelle bedanken sich für die von Sozialverbänden, TIG-Vorständen und einzelnen ISOR-Mitgliedern übermittelten Weihnachts- und Neujahrsgrüße, die oft mit Willenserklärungen über die Fortführung des Kampfes gegen das Rentenstrafrecht sowie die Bereitschaft zu aktiver Unterstützung verbunden wurden.

Übereinstimmung besteht darin, dass nur im gemeinsamen Ringen im Kampf um soziale Gerechtigkeit Erfolge erzielt werden können.

Karl-Heinz Hypko
Geschäftsführer

➤ Fortsetzung von Seite 1

bereiten kann. Ob Du und Du Deutschland bist, bleibt höchst fraglich. Unsere Kampagne geht ganz anders: Wir sind ISOR, was eben auch bedeutet: Da zu sein für die Betroffenen ohne lähmende Geschwätzigkeit. Ich freue mich auf die anstehenden Diskussionen und Auseinandersetzungen im kommenden Jahr.

Mit den Beschlüssen der Vertreterversammlung und der Wahl des neuen Vorstandes haben wir gute Grundlagen für die inhaltliche Gestaltung der Arbeit von ISOR geschaffen. Jetzt gilt es, das bisher Erreichte zu sichern und uns verstärkt den Aufgaben zuzuwenden, die wir mit aller Konsequenz im Jahr 2006 lösen müssen.

Das, was wir wollen, haben wir erneut in Briefen an die Bundeskanzlerin sowie die Minister für Arbeit und Soziales sowie Inneres deutlich gemacht. Das muss jetzt mit politischen Aktivitäten aus den TIG's unteretzt werden.

Aus der Diskussion auf der Vorstandss- und Beiratsberatung am 14.12.05

Prof. Dr. Wolfgang Edelmann berichtete, dass die gemeinsame Arbeitsgruppe zur Klärung der Einkommensverhältnisse des MfS, unterstützt durch Fachleute, bis Mitte Februar 2006 das vorhandene Material nach Teilkomplexen sichtet und bis zum gleichen Zeitpunkt die Methodik der weiteren Auswertung festlegen wird.

Zur Erlangung der Daten des Bundesverwaltungsamtes wurde der neue Innenminister Schäuble angeschrieben mit dem Ziel, eine außergerichtliche Einigung zu erreichen.

Minister Müntefering wurde nochmals aufgefordert, die Einkommensdaten aus der Volkswirtschaft der DDR zur Verfügung zu stellen, ansonsten wird die vorbereitete Aktion auf der Basis des Informationsfreiheitsgesetzes gestartet.

Die Auseinandersetzung mit der aktuellen E 3-Problematik wurde in Gang gebracht. Der BRH erteilte Prof. Dr. Merten den Auftrag für ein Gutachten, an dem sich ISOR finanziell beteiligen wird. Gleichzeitig sollen Musterverfahren mit Betroffenen, die nicht Angehörige der bewaffneten Organe waren, geführt werden.

Durch Aufruf wieder in Gang gesetzt werden Verfahren zu den Dienstbeschädigtenrenten unter Berufung auf Art. 20 Abs. 3 des Grundgesetzes. Weitergeführt wird auch die Auseinandersetzung zum Dienstbeschädigtenausgleich,

Die Hauptkraft ist auf die Klärung der Einkommensverhältnisse des MfS zu richten.

Die Weigerung zur Herausgabe der Daten des Bundesverwaltungsamtes besteht fort und die dazu ergangene Aufforderung für Schreiben an die Birtler-Behörde bleibt weiter aktuell.

Dr. Rainer Rothe sprach zur Arbeit der Arbeitsgruppe Recht und stellte heraus, dass der Auskunftbedarf zum AAÜG spürbar zurückgegangen sei. Zu den Ursachen zählt u.a. auch die deutliche Verbesserung der Rechtskenntnisse der Mitglieder. Die Beratung müsse eine neue Qualität erhalten und auch, soweit das möglich ist, Fragen zum Erbrecht, zu Patientenverfügungen, zu Hartz IV, zum Mietrecht, zum Zivilrecht u.ä. beantworten. Das könne durch die Arbeitsgruppe Recht im Einzelfall nur zum Teil geleistet werden. Es solle aber niemand weggeschickt werden. Zu den genannten Rechtsfragen müssten auch verstärkt Publikationen erfolgen bzw. auf solche hingewiesen werden.

Werner Liefke hob hervor, dass der absehbar lange Zeitraum unseres weiteren Kampfes die Ausprägung der Verbindung der Mitglieder zu den TIG erfordert. Bezugnehmend auf die Ausführungen von R. Rothe erläuterte er die Erfahrungen der TIG Prenzlau, durch Einladung kompetenter Personen, Hilfe in Rechtsfragen und persönlich interessierenden Angelegenheiten zu organisieren. Ziel sei es dabei, dass alle Mitglieder ISOR als »Heimat« empfinden.

Karl-Wilhelm Wolff schätzte ein, dass in den TIG die Rentenproblematik zwar weiter im Mittelpunkt stehen müsse, aber darüber hinaus ein aktuelles und interessantes Vereinsleben gestaltet werden muss. Die Veranstaltungen von ISOR müssten menschliche Wärme spenden und unterschiedliche Themen aufgreifen. Besondere Aufmerksamkeit widme seine TIG der Erweiterung und Profilierung der Arbeitsgruppe Öffentlichkeitsarbeit.

Horst Parton griff in seinen Schlussbemer-

kungen die Anregung zur Weiterentwicklung des Vereinslebens auf. Dabei gelte es, die Satzung voll auszuschöpfen und die guten Erfahrungen anderer Verbände und Vereine auszuwerten, aber auch die dort vorhandenen Möglichkeiten mit zu nutzen. ISOR habe sich durch seinen Sachverstand Anerkennung erworben. Die sozialpolitische Lage sei sehr ernst. Die Einschnitte in den sozialen Bereich erfordern die Solidarität mit anderen Sozialverbänden und aktives Handeln zur Sicherung des Erreichten.

In den Beirat wurden berufen:

Horst Becker, Rostock
 Prof. Dr. Helmut Eck, Potsdam
 Klaus Eichner, Lentzke
 Peter Fränkel, Gera
 Wolfgang Henter, Leipzig
 Siegfried Jesse, Berlin
 Werner Liefke, Prenzlau
 Helmut Holfert, Berlin
 Joachim Karlick, Dresden
 Siegfried Korth, Magdeburg
 Dr. Dieter Lehmann, Dresden
 Walter Menz, Tambach-Dietharz
 Erhard Mutschke, Fürstenwalde
 Joachim Schaufuß, Chemnitz
 Klaus Schlegel, Berlin
 Peter Schlegel Suhl
 Fred Schmidt, Haldensleben
 Hans Schneider, Bützow
 Heinz Schulz, Cottbus
 Wolfgang Schulz, Berlin
 Bruno Sudy, Greifswald
 Dr. Henri Weiße, Berlin
 Karl-Wilhelm Wolff, Neubrandenburg

Aus der Diskussion auf der Vertreterversammlung am 12. November 2005

Rechtsanwalt **Benno Bleiberg** verwies auf die nunmehr 13-jährige Zusammenarbeit seines Rechtsanwaltsbüros mit ISOR e.V. und die erreichten Erfolge bei der Beseitigung von Rentenkürzungen für Angehörige von Sonderversorgungssystemen. Auch wenn der erste Anlauf zur Aufhebung der Rentenkürzungen für die Mitarbeiter des MfS gescheitert sei, werde der Kampf fortgeführt. Die Voraussetzungen für einen erneuten Versuch der Anrufung des Bundesverfassungsgerichtes seien jetzt geklärt.

Da die bisherigen Gutachten nicht ausreichend waren, sei die Erschließung weiterer Daten derzeit das Wichtigste. Es werde voraussichtlich nur möglich sein, Regelungen für die Zukunft zu erreichen. Der Kampf im Zusammenhang mit den neuen Regelungen zu den E-3-Fällen gehe weiter.

Dr. Martina Bunge überbrachte – auch im Namen von Dr. Gesine Löttsch – herzliche Grüße von der Linkspartei und des erkrankten

Prof. Dr. Axel Azzola. Die 54 Abgeordneten der Fraktion »Die Linke.« im Deutschen Bundestag repräsentieren eine neu entstehende linke Bewegung, eine neue soziale Idee gegen den Neoliberalismus. Sie dankte dem Vorstand und den Mitgliedern von ISOR für die erwiesene Unterstützung und äußerte Verständnis für die damit verbundenen riesigen Erwartungen.

Zur Erreichung der Abschaffung des Rentenstrafrechts sei es nötig, sich über Strategie und Taktik zu verständigen. Neue Aktivitäten müssten zwingender und ausreichend begründet werden, so z.B. durch die Klärung der Einkommensverhältnisse.

Denkbar sei, durch Anträge im Bundestag den Zugang zu Daten zu befördern und stufenweise, verbunden mit außerparlamentarischen Aktionen und gerichtlichem Vorgehen weiter voranzukommen.

Dr. Martina Bunge sprach sich für die Stärkung der Arbeitsbeziehungen zu ISOR e.V. aus.

➤ Fortsetzung von Seite 2

Sozial und solidarisch für mehr Gerechtigkeit müsse im Parlament und außerhalb gestritten werden.

Michael Räthel überbrachte die solidarischen Grüße der Einzelmitglieder aus dem Westen. Er berichtete über deren Probleme und Sorgen und wertete dazu eine Reihe von Briefen weiterer Einzelmitglieder an den Vorstand aus. Diese seien froh, dass es ISOR gibt. **ISOR aktuell** sei für sie ein Stück Heimat.

Michael Räthel berichtete über seine Erfahrungen und seinen Einsatz in einem örtlichen »Bündnis gegen Sozialkahltschlag« bis hin zur Teilnahme an der Großdemonstration in Berlin am 05.11.2004.

Er schlug vor, auch in den westlichen Regionen ISOR-Treffen durchzuführen und »Freundeskreise« zu gründen.

Auch an Zusammenkünfte Ehemaliger (»Reservistentreffen«) sei zu denken, die verbunden mit kulturellen Aktivitäten »in der politisch und geistig-kulturell umnachteten Welt der Bundesrepublik Deutschland« Kraft und Mut vermitteln würden.

In Briefen von Einzelmitgliedern sei auch der Ruf nach mehr öffentlicher Aufklärung über die DDR enthalten. Aus noch mehr Bereichen müssten fähige Leute gefunden werden, die auf Angriffe gegen das Leben in der DDR reagieren.

Herbert Becker, Vorsitzender Ehemalige im Landesverband Ost des Deutschen Bundeswehrverbandes, übermittelte der Vertreterversammlung seine persönlichen Grüße und die Grüße »vieler, aber nicht aller Mitglieder« seines Verbandes.

ISOR sei mit großem Enthusiasmus ange treten und werde als Interessenvertretung akzeptiert und anerkannt. Die Forderungen seien die gleichen und Schritt für Schritt konnten Nachbesserungen bei den Renten erreicht werden. Das letzte Gesetz sei mit Sicherheit nicht das letzte.

Vom 28.11.–2.12.2005 tate die 17. Mitgliederversammlung des Deutschen Bundeswehrverbandes, auf der etwa 100 Anträge des Landesverbandes Ost zur Debatte stehen, darunter Forderungen nach:

- Vollständiger Umsetzung des Urteils des BVerfG zu den E-3-Fällen;
- Wiederherstellung der Wertneutralität in den Rentenangelegenheiten;
- Angleichung der Rentenwerte;
- Ausschluss weiterer Nullrunden;
- Zahlung der Dienstbeschädigtenrenten in voller Höhe;

Die Ehemaligen im Landesverband Ost des DBwV werden auch künftig mit den anderen Sozialverbänden zusammenarbeiten und diese Zusammenarbeit bei Notwendigkeit auch auf höherer Ebene koordinieren.

Horst Strohschein (TIG Strausberg) verwies auf den Unwillen der Politiker, das Rentenstrafrecht abzuschaffen und die Notwendigkeit, Resignation bei einzelnen Mitgliedern im kameradschaftlichen Gespräch zu überwinden.

35 Betreuer stellen ein wichtiges Bindeglied zu den fast 430 Mitgliedern der TIG dar. Sie haben wesentlichen Anteil an guten Ergebnissen beim Schreiben von Petitionen und von Briefen an Politiker. 14 neue Mitglieder konnten gewonnen werden. Wünschenswert wäre ein stärkerer Erfahrungsaustausch der TIG, besonders zur Arbeit mit älteren Vereinsmitgliedern (z.B. Thema Patientenverfügungen oder Vorsorgevollmachten).

Prof. Dr. Siegfried Mechler, Vorsitzender der Gesellschaft für rechtliche und humanitäre Hilfe, übermittelte die Grüße der Mitglieder der GRH. Die Fortsetzung und Verfestigung des neoliberalen Kurses mache unseren Kampf schwerer und langwieriger.

Die GRH führt einen langfristigen Kampf gegen das politische Strafrecht gegenüber ehem. Bürgern der DDR. An alle Bundestagsparteien richtet die GRH folgende vier Forderungen:

- Aufhebung/Erlass der Strafen, Einstellung ruhender Verfahren und Tilgung der Verurteilungen;
- Aufhebung ehrverletzender Rechtsvorschriften (Rehabilitierung, Rentenunrecht, Überprüfungen im öffentlichen Dienst);
- Auflösung aller Einrichtungen/Institutionen des Kalten Krieges, speziell der Birthler-Behörde und diverser Gedenkstätten;

➤ Erarbeitung eines objektiven Geschichtsbildes, das Lehren für ein friedliches, demokratisches und soziales Deutschland vermittelt.

In diesem Kampf ist Solidarität von großer Bedeutung, auch zwischen ISOR und GRH.

Prof. Dr. Wolfgang Edelmann schätzte ein, dass erst jetzt erkennbar werde, wie viel Arbeit es bedeute, welch langer Weg zurückzulegen und welche ungeheuren Hindernisse zu überwinden seien, um die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes ins Wanken zu bringen.

Von größter Bedeutung sei die Mobilisierung der Mitglieder im Kampf für die Herausgabe der Unterlagen. Mit Petitionen und Briefen müsse immer wieder gefordert werden: »Gebt die Daten des Bundesverwaltungsamtes heraus!« Im Januar 2006 beginne die »Aktion Münze«. 24.000 Mitglieder von ISOR können 24.000 Anträge stellen, um vom zuständigen Ministerium Münzferings die Herausgabe der Berechnungsgrundlagen für die Ermittlung der Durchschnittseinkommen zu erzwingen.

Dr. Martina Bunge sei zuzustimmen, was das weitere Vorgehen betrifft. Das bedeutet die Konzentration auf die Klärung der Einkommensverhältnisse. Die Grundforderung bleibt: Rente bis zur Beitragsbemessungsgrenze.

Die schriftlich eingereichten Diskussionsbeiträge von **Hans-Joachim Möllenberg** (TIG Prenzlau) und **Werner Schmidt** (TIG Cottbus) können im Internet nachgelesen werden.



Mit der Wahl des neuen Vorstands der TIG **Neubrandenburg** wurde ein Verjüngungsprozess eingeleitet und in der Aussprache ein Ausblick auf mögliche Aktivitäten in der kommenden Zeit gegeben. Dem langjährigen Vorsitzenden Franz Pieschel dankten Vorstand und Mitglieder mit herzlichen Worten für seine unermüdete und erfolgreiche Arbeit. Unser Freund Franz Pieschel bleibt uns aber als Funktionär für Finanzen und Statistik erhalten. Wir werden unsere berechtigten Ansprüche nicht losgelöst von anderen sozialen und politischen Bewegungen durchsetzen können. Deshalb halten wir es für angebracht, die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen, Vereinen oder Gruppierungen zu verstärken. Dass ein Mitglied von ISOR seit längerem im Seniorenbeirat der Stadt Neubrandenburg und neuerdings als Vorstandmitglied sowohl des Seniorenbeirates als auch unserer TIG tätig ist und nun auch des Landesseniorenbeirates, spricht

für eine gute Arbeit des alten Vorstands. Am 02.12.05 fand eine erste gemeinsame Veranstaltung unserer TIG mit der TAG der GRH Neubrandenburg zur Rolle der Gruselkabinette in der Erinnerungsschlacht statt, die Selbstvertrauen stärkte, Mut machte und Zuversicht gab. Weiterhin haben wir uns eine Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit zum Ziel gestellt und sind dabei, die Möglichkeiten auszuloten. Es müssen sich mehr Stimmen – vielleicht erst einmal in Form von Leserbriefen – öffentlich erheben und verstärkt die einseitige Negativpropaganda über die DDR und ihre engagierten Bürger, über Lüge und Verleumdung zurückweisen. Die Geschichte des anderen deutschen Staates ist offiziell tabu, denn in der alten BRD ist ja immer alles richtig gemacht worden. Wozu brauchen wir also eine Geschichtsaufarbeitung der BRD? Wir sind dabei, die Öffentlichkeitsarbeit im Rahmen einer Arbeitsgruppe zu entwickeln und auch als TIG